

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2016

Inhalt

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Empfehlungen zur sozialen Säule veröffentlicht	1
#ToysAndDiversity-Projekt: Erste Ergebnisse.....	1
In Kinder investieren – EU-Kommission holt Expertise ein	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	2
Bessere Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme – keine Änderung bei „Kindergeldexport“	2
Europäisches Solidaritätscorps - Freiwillige können sich ab sofort registrieren	2
Eurostat-Daten zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung	2
EU erhöht Unterstützung für Kinder in Notsituationen.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schottisches Parlament schützt Kinder vor Passivrauchen	3
Schweiz tritt Istanbulkonvention bei	3
Belgischer Familienverband erstellt „Elternbarometer“	3
Großbritannien ermöglicht künstliche Befruchtungen mit drei Elternteilen.....	4
Nordirland: Erhebung zu Karriereachteilen von Müttern.....	4
EU-geförderte Sozialprojekte in den Mitgliedstaaten	4
Weitere Nachrichten	4
Europas Schüler/innen beim PISA-Test 2015.....	4
Europäische Gewerkschaften starten Kampagne „Vorrang für Soziale Rechte!“	5
Frauenlobby fordert menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für Hausangestellte und Migrantinnen	5
Berichte und Studien	6
EP-Studie: Demographie und Familienpolitik aus der Genderperspektive	6
EU-Bericht „Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa 2016“	6
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks	6
EIGE-Report „Poverty, gender and intersecting inequalities in the EU“	7
FRA-Bericht zum Schutz geflüchteter Kinder	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Empfehlungen zur sozialen Säule veröffentlicht

COFACE – Families Europe hat am 20. Dezember seine Empfehlungen zur Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) veröffentlicht. Der Verband hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der geplanten Säule befasst und damit zum aktuellen Konsultationsprozess der EU-Kommission beigetragen. Die Schlussfolgerungen von COFACE – Families Europe fokussieren sich auf zwei Zielsetzungen: 1) Eine solide Architektur für die ESSR zu entwerfen, durch die der Zugang zu sozialen Rechten für alle sichergestellt wird. Dabei müssten Lücken geschlossen, Verbindungen mit den Förderfonds hergestellt, ein kohärenter Politikrahmen geschaffen und die Rolle von NGOs verankert werden. 2) Sicherzustellen, dass die ESSR-Prinzipien dazu beitragen, bestimmte Langzeitziele zu erreichen, die das Leben von Familien verbessern. Sie betreffen die Bereiche Qualifikationen, Geschlechtergerechtigkeit, Work-Life-Balance, Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Behinderung und Zugang zu sozialen Dienstleistungen.

- [Zu den Empfehlungen](#)  

#ToysAndDiversity-Projekt: Erste Ergebnisse

Die COFACE-Kampagne *#ToysAndDiversity* richtet seit Oktober 2015 den Blick auf das Thema Diversität und Vorurteile im Zusammenhang mit Spielzeug. Am 21. Dezember ist nun die erste Veröffentlichung in diesem Rahmen erschienen. COFACE – Families Europe hat über 3.000 Abbildungen von Kindern in 32 Spielzeugkatalogen in neun europäischen Ländern analysiert und sechs Empfehlungen abgeleitet, denen vorurteilsbewusste und inklusive Spielzeugwerbung folgen sollte.

1. Kinder entscheiden lassen, womit sie gerne spielen möchten. Keine Einteilung der Produkte in „Für Jungen“ und „Für Mädchen“
2. Kinder nicht auf stereotype Berufe oder Lebensläufe hinlenken
3. Einen Beitrag leisten zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Mobbing durch gewaltfreie Abbildungen
4. Familien in ihrer Vielfalt abbilden
5. Die Unsichtbarkeit von behinderten Kindern beenden – sie spielen auch!
6. Kinder haben unterschiedliche ethnische Hintergründe – auch diese sollten in Spielzeugkatalogen sichtbar sein

- [Ausführliche Informationen mit Link zur Studie](#) 

In Kinder investieren – EU-Kommission holt Expertise ein

2013 hatte die EU-Kommission die Empfehlung „In Kinder investieren: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ verabschiedet. In Vorbereitung auf einen Fortschrittsbericht zu dieser Empfehlung hat die Kommission am 6. Dezember verschiedene Stakeholder eingeladen, um deren Erfahrungen und Sichtweisen einzuholen. COFACE – Families Europe nutzte die Gelegenheit, folgende Forderungen an die Kommission zu richten:

1. Die Idee einer Kindergarantie muss weiterverfolgt werden, als Teil des angekündigten Work-Life-Balance-Pakets.
2. Die Forschungsergebnisse aus den EU-Programmen sind einzubeziehen und entsprechende Forschung muss weiter gefördert werden.

3. Es muss eine klare Verknüpfung geben zwischen der Empfehlung zu Investitionen in Kinder, der Europäischen Säule sozialer Rechte und zentralen Rechtsinstrumenten der EU, einschließlich der Förderfonds
4. Die Erfahrungen der zivilgesellschaftlichen Akteure sollten genutzt werden. Sie weisen auf aktuelle und drängende Herausforderungen hin, beispielsweise Mobbing, Digitalisierung, Ernährung, Inklusion oder Bildungsbedarfe beim Umgang mit Geld.
5. Kinderschutz muss zukunftssicher gemacht werden für die Bedingungen einer digitalisierten Welt. Dafür müssen Kinder auch mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet werden.

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Bessere Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme – keine Änderung bei „Kindergeldexport“

Die Kommission hat am 13. Dezember 2016 eine überarbeitete Fassung der EU-Vorschriften zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit verabschiedet. Der Vorschlag soll eine engere Verbindung zwischen den Orten herstellen, an denen Beiträge entrichtet und Leistungen beantragt werden. Betroffen sind Vorschriften für Arbeitslosen- sowie Pflegeleistungen, zum Zugang nicht erwerbstätiger Personen zu Sozialleistungen und zur sozialen Sicherung von entsandten Beschäftigten.

Der Vorschlag sieht keine Änderung der bestehenden Regelungen für den Export von Leistungen für Kinder vor. Es ist nicht vorgesehen, die Leistungen für Kinder an einen Index zu binden: Das Land der Erwerbstätigkeit des Elternteils ist auch weiterhin für die Zahlung der Kinderbeihilfe zuständig und dieser Betrag kann nicht angepasst werden, wenn das Kind woanders lebt. Innerhalb der EU werden weniger als 1 Prozent der Leistungen für Kinder von einem Mitgliedstaat in einen anderen exportiert.

- [Ausführliches Memo zum Thema](#) 

Europäisches Solidaritätskorps - Freiwillige können sich ab sofort registrieren

Die Europäische Kommission hat am 7. Dezember den Startschuss für das Europäische Solidaritätskorps gegeben. Junge Menschen, die an Solidaritätsaktivitäten in ganz Europa interessiert sind, können sich ab sofort über das neue Korps informieren, Erfahrungen austauschen und mit teilnehmenden Organisationen in Kontakt treten. Europäer/innen zwischen 17 und 30 Jahren sollen im Korps dort Hilfe leisten, wo sie am dringendsten gebraucht wird – beispielsweise mit Geflüchteten an Europas Grenzen oder nach den jüngsten Erdbeben in Italien. Durch ihr Engagement können sie nicht nur wertvolle Kompetenzen und Arbeitserfahrung in einem anderen europäischen Land sammeln. Es entstehen auch Freundschaften, Neugier und neue Verbindungen.

- [Zum Portal des Freiwilligenkorps](#)

Eurostat-Daten zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung

2015 gab ein Viertel der EU-Bevölkerung im Alter ab 16 Jahren an, von leichten oder schweren gesundheitsbedingten Einschränkungen betroffen zu sein. Dies geht aus einer Meldung hervor, die das EU-Statistikamt Eurostat zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember vorgelegt hat. Eurostat zufolge gab jeder Vierte (25,3 Prozent) in der EU nicht-vorübergehende Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen an, in Deutschland waren 21,2 Prozent betroffen. Frauen berichteten häufiger von Einschränkungen als Männer, EU-weit besteht ein Unterschied von 4,5 Prozentpunkten zwischen den

Geschlechtern (Frauen 27,5 Prozent, Männer 23,0 Prozent). Mit steigendem Einkommen wird seltener von solchen Einschränkungen berichtet. Fast ein Drittel (31,2 Prozent) der Ärmsten (d. h. die 20 Prozent der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen) in der EU gab seit langem bestehende Einschränkungen bei üblicherweise ausgeübten Aktivitäten an, bei den Reichsten (d. h. die 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen) hingegen lediglich 17,0 Prozent.

EU erhöht Unterstützung für Kinder in Notsituationen

Die EU erhöht ihre Mittel für humanitäre Hilfe von derzeit vier Prozent des EU-Haushalts auf sechs Prozent im Jahr 2017. Das hat die Europäische Kommission am 30. November anlässlich des Forums für Bildung in Notsituationen in Brüssel mitgeteilt. Mit den aufgestockten Finanzmitteln möchte die Kommission Bildungsprojekte für Kinder in Notsituationen weltweit noch stärker fördern. Diese sollen den Zugang zur formalen und nichtformalen Bildung umfassen, einschließlich Life Skills und Berufsbildung, psychosoziale Unterstützung und Erholungsmöglichkeiten. Außerdem sollen für die Kinder Schulmaterial bereitgestellt und neue Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Auch Eltern und Lehrer sollen unterstützt werden und Schulungen erhalten. Bildung in Notsituationen gehört zu den am stärksten unterfinanzierten Bereichen der humanitären Hilfe. Für diesen Bereich werden weniger als zwei Prozent der internationalen humanitären Mittel zugewiesen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schottisches Parlament schützt Kinder vor Passivrauchen

Seit dem 05. Dezember ist in Schottland das Rauchen im Auto verboten, wenn Kinder anwesend sind. Mit dieser Maßnahme sollen Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden. Eine ähnliche Regelung war im Oktober 2015 in England und Anfang 2016 in Irland eingeführt worden.

Schweiz tritt Istanbulkonvention bei

Der Bundesrat will mit einem Beitritt zur sogenannten Istanbul-Konvention des Europarates dazu beitragen, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt europaweit auf einem vergleichbaren Standard bekämpft werden. Er hat an seiner Sitzung vom 2. Dezember 2016 den Entschluss zur Ratifikation dieser Konvention verabschiedet. Die Vertragsparteien dieses internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt müssen bestimmte Schutzmaßnahmen und die strafrechtliche Verfolgung der Straftäter gewährleisten. Die Konvention umfasst alle Formen physischer und psychischer Gewalt, darunter auch Stalking, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Zwangsabtreibung.

Im November hatte das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, nach der die EU als Ganzes ebenfalls der Konvention beitreten soll. Viele europäische Staaten haben das Übereinkommen bereits unterzeichnet und/oder ratifiziert. Deutschland zählt dabei zu den Staaten, die den Vertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben.

Belgischer Familienverband erstellt „Elternbarometer“

Der belgische Familienverband „Ligue des familles“ hat in einer Umfrage erhoben, in welchen Formen und unter welchen Bedingungen Familien in den Regionen Brüssel und Wallonien zusammenleben. Dabei zeigten sich folgende Verteilungen: 61 Prozent der Familien lassen sich als „Standardfamilien“ bezeichnen, d.h.

Vater, Mutter und Kinder leben gemeinsam unter einem Dach. 23 Prozent sind Ein-Eltern-Familien und 16 Prozent sind Patchworkfamilien. Ein anderes Ergebnis der Erhebung ist, dass Eltern offenbar ärmer werden. Insbesondere Frauen und Alleinerziehende sind armutsgefährdet und leben unter schwierigen Bedingungen. Die Familien berichten im Vergleich zu früheren Erhebungen von zunehmenden Vereinbarkeitsproblemen. 22 Prozent der Eltern fühlen sich von einem Burn-Out bedroht, auch hier sind überwiegend Frauen betroffen.

- [Zu den Ergebnissen im Detail \(französisch\)](#) 

Großbritannien ermöglicht künstliche Befruchtungen mit drei Elternteilen

Die für künstliche Befruchtung zuständige britische Fachbehörde Human Fertilisation and Embryology Authority (HFEA) hat am 15. Dezember erklärt, dass in britischen Laboren künftig Embryos mit dem Erbgut dreier Menschen erzeugt werden dürfen. Die Methode soll Frauen eine Schwangerschaft ermöglichen, ohne dass sie bestimmte Erbkrankheiten an ihre Kinder weitergeben. Dabei geht es um Erkrankungen, die mit den Mitochondrien vererbt werden. Großbritannien ist damit das erste Land weltweit, das solche Behandlungsmethoden ausdrücklich erlaubt.

Nordirland: Erhebung zu Karrierenachteilen von Müttern

Die Nordirische Gleichstellungsbehörde hat Frauen befragt, inwiefern sie durch ihre Schwangerschaft und Elternzeit berufliche Nachteile erfahren haben. Dabei gab die Hälfte der Befragten an, ihre Mutterschaft habe sich negativ ausgewirkt. Sie seien entweder nicht berücksichtigt worden, wenn es um Gehaltserhöhungen, Bonuszahlungen oder Beförderungen gehe, oder hätten gegen ihren Willen ihren Arbeitsbereich wechseln müssen. Der Bericht „Expecting Equality: a Formal Investigation under the Sex Discrimination (Northern Ireland) Order 1976“ umfasst auch die Sichtweise der Unternehmen auf das Thema. Insbesondere kleine Unternehmen berichten von Problemen, die sich für sie ergeben, wenn Arbeitnehmerinnen ausfallen, wenn sie Mutter werden.

- [Zum Bericht](#)  

EU-geförderte Sozialprojekte in den Mitgliedstaaten

Seit 2014 fördert der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen von Armut in Europa. Der EHAP kann beispielsweise genutzt werden, um Lebensmittel, Kleidung oder Hygieneartikel zur Verfügung zu stellen, sowie für Maßnahmen, die der sozialen Inklusion dienen. Anhand von 28 Fallbeispielen aus 15 EU-Mitgliedstaaten zeigt eine Veröffentlichung der EU-Kommission, wie die Förderung des EHAP konkret genutzt werden kann.

- [Zur Veröffentlichung](#)  

Weitere Nachrichten

Europas Schüler/innen beim PISA-Test 2015

Die PISA-Ergebnisse der Schüler und Schülerinnen in der EU variieren stark von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Das zeigt der aktuelle Bericht aus dem OECD-Programm, der am 6. Dezember für die EU vorgestellt wurde. Estlands Schüler/innen schneiden im Vergleich zu Schüler/innen anderer EU-Länder am

besten ab, weitere europäische Länder mit guten Ergebnissen sind Finnland, Slowenien und Großbritannien. In den meisten EU-Staaten sind jedoch über 15 Prozent der 15-Jährigen in einem der getesteten Fächer nicht in der Lage, Aufgaben zu lösen, die ein Minimum an Fähigkeiten und eigenständigem Denken erfordern. Diesen Anteil unter 15 Prozent zu senken ist eine Zielsetzung der EU-Strategie „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ (ET 2020).

Die EU-Kommission formuliert fünf zentrale Ergebnisse der aktuellen PISA-Erhebung:

1. Beim Ziel, den Anteil der leistungsschwachen Schüler/innen auf unter 15 Prozent zu senken, hinkt Europa deutlich hinterher und hat sich gegenüber 2012 sogar verschlechtert.
2. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern haben sich verringert, insbesondere bei den Leseleistungen.
3. Der Einfluss des sozioökonomischen Status auf die Bildungsergebnisse der 15-Jährigen bleibt unverändert stark.
4. Auch ein Migrationshintergrund erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler/innen schlechtere Bildungsergebnisse erzielen.
5. Frühkindliche Bildung hingegen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler/innen bessere Bildungsergebnisse erzielen.

Schülerinnen und Schüler in Deutschland erreichen in allen vom internationalen Schulleistungstest PISA abgefragten Bereichen Ergebnisse, die leicht über dem Durchschnitt der anderen Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liegen: Platz 16 von 72. Der Abstand zu den PISA-Spitzenreitern in Asien und Europa bleibt jedoch weiterhin groß.

Europäische Gewerkschaften starten Kampagne „Vorrang für Soziale Rechte!“

Verschiedene europäische Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund haben in Kooperation mit anderen NGOs die Kampagne „Social Rights First!“ ins Leben gerufen. Anlässlich der EU-Konsultation für die Europäische Säule Sozialer Rechte werben sie für gute Arbeit, gerechteres Wirtschaften, faire Löhne, verbesserte Schutzstandards und Arbeitnehmerrechte. Aus Deutschland unterstützen der Deutsche Gewerkschaftsbund und ver.di die Kampagne.

- [Zum Kampagnenportal](#)

Frauenlobby fordert menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für Hausangestellte und Migrantinnen

Im März 2017 tagt die UN-Frauenrechtskommission zum Thema „Wirtschaftliche Stärkung von Frauen in einer sich ändernden Arbeitswelt“. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Frauenlobby eine schriftliche Stellungnahme verfasst, in der sie volle Menschenrechte für Migrantinnen und Hausangestellte fordert. Das Statement greift u. a. auf Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zurück, wonach im Jahr 2010 nur 10 Prozent aller Hausangestellten in den Genuss von Arbeitsrechten kamen, die anderen Beschäftigten zuteilwerden. Jüngeren Statistiken zufolge verdienen Hausangestellte weniger als die Hälfte und in manchen Fällen nicht mehr als 20 Prozent eines Durchschnittslohns. 90 Prozent der Hausangestellten hätten keine soziale Absicherung und keinen Anspruch auf Rente oder Arbeitslosengeld. Zu den besonderen Notlagen weiblicher Hausangestellter gehöre auch die häufige sexuelle Ausbeutung durch Arbeitgeber.

- [Zur Stellungnahme](#)  

Berichte und Studien

EP-Studie: Demographie und Familienpolitik aus der Genderperspektive

Eine neue Studie im Auftrag des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments befasst sich mit den demografischen Entwicklungen in der EU und den politischen Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten und die EU ergriffen haben, um die demografischen Herausforderungen zu meistern. Dabei werden insbesondere die unterschiedlichen Vereinbarkeitspolitiken in den Fokus genommen, die darauf abzielen, sowohl die Geburtenrate als auch die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern. Sie wirft auch den Blick auf kulturelle Zusammenhänge sowie Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und des Aktiven Alterns.

➤ [Zum Bericht](#)  

EU-Bericht „Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa 2016“

Am 20. Dezember ist der aktuelle Beschäftigungs- und Sozialbericht der EU-Kommission erschienen. Anhand aktueller empirischer Daten werden darin die Entwicklungen im Beschäftigungs- und Sozialbereich nachgezeichnet. Er enthält darüber hinaus Überlegungen zu sich abzeichnenden Problemen und möglichen politischen Reaktionen darauf. Der jährlich erscheinende Bericht gilt als wichtige Grundlage für die Arbeit der EU. Die Kommission spricht für 2016 von „ermutigenden Ergebnissen“. Rund drei Millionen Arbeitsplätze seien geschaffen worden, die Beschäftigungsquote habe zugenommen und Armut sei zurückgedrängt werden. Der Anteil der durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdeten Personen in der EU sei der niedrigste seit fünf Jahren (23,7 %). Die Arbeitslosenquote sei mit 8,3 % jedoch nach wie vor hoch und es gebe massive Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Im Mittelpunkt des diesjährigen Berichts zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa stehen die Themen Beschäftigung als Mittel zur Armutsbekämpfung, Digitalisierung und Wandel der Arbeitswelt, Rolle des sozialen Dialogs, Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sowie Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

➤ [Zum Bericht](#)  

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Kurz bevor im Januar 2017 die Förderlaufzeit des Forschungsnetzwerk *familiesandsocieties* abläuft, sind in dessen Rahmen letzte Veröffentlichungen mit Bezug zu familienpolitischen Themen erschienen. Darunter findet sich ein *Policy Brief*, der einen Überblick über die Forschung des Netzwerks gibt und sie mit den politischen Zielsetzungen mit Bezug zu Jugend, Geschlechtergerechtigkeit und Kinderbetreuungsarrangements in Europa verknüpft.

Kürzlich erschienen ist auch das 64. *Working Paper*, in dem ein Fragebogen zu den gesetzlichen Bestimmungen von Ehe und Lebenspartnerschaften in Europa vorgestellt wird. Das Papier gibt Hintergrundinformationen und Erklärungen zur Verwendung des Fragebogens. Die gesammelten Daten sollen ab 2017 in einer Online-Datenbank unter www.lawsandfamilies.eu verfügbar sein.

Daneben sind eine Reihe von Artikeln neu eingestellt worden, u.a. ein Beitrag unter dem Titel „Equality at home – A question of career? Housework, norms, and policies in a European comparative perspective“.

➤ [Zu den Veröffentlichungen](#) 

EIGE-Report „Poverty, gender and intersecting inequalities in the EU“

Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter EIGE hat eine Studie herausgegeben, die sich mit der Armut in Europa und sich überschneidenden Diskriminierungen befasst. Sie definiert zunächst, was unter Armut zu verstehen ist und analysiert anhand von Kriterien aus der Peking-Plattform der UN welche Rolle das Geschlecht und andere Diskriminierungstatbestände (Familienform, Alter etc.) dabei spielen. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass bestimmte Gruppen besonders armutsgefährdet sind. Dazu gehören Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen, ältere Frauen, Migranten und Roma. Ein eigenes Factsheet befasst sich ausführlich mit der Situation von Ein-Eltern-Familien.

- [Zum Bericht](#)  
- [Zum Factsheet „Poverty, gender and lone parents in the EU“](#)  

FRA-Bericht zum Schutz geflüchteter Kinder

Die Grundrechteagentur der EU (FRA) veröffentlicht regelmäßig Überblicksberichte zu Themen mit Bezug zu den Grundrechten in der EU. Der Themenschwerpunkt der aktuellen Ausgabe liegt auf Kindern, die ohne ihre Eltern als Flüchtlinge die EU erreichen. Darin wird unter anderem die Problematik diskutiert, wie geflüchtete Kinder vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden können. Dazu gebe es zu wenig Informationen und Handlungsanleitungen, insbesondere, wenn die Kinder nicht allein, sondern in Begleitung von Erwachsenen reisen, die nicht ihre Eltern sind. Der Bericht, der von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurde, untersucht die Vorgehensweisen in 14 europäischen Ländern, darunter auch Deutschland.

- [Zum Bericht](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
10. Januar 2017 Brüssel, Belgien	Children with imprisoned parents: How to support children to cope with their parent's imprisonment and enhance their potential to lead safe, included, happy, achieving lives?	OoC-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Jan. 2017 Brüssel, Belgien	Can the Semester help build a better Social Europe?	EAPN
23. Jan. 2017 Brüssel, Belgien	The European Pillar of Social Rights: going forward together	EU Kommission
26.-28. Jan. 2017 Porto, Portugal	First International Conference on Childhood and Adolescence	ICCA
26.-27. Jan. 2017 Attard, Malta	Lost in migration: Working together in protecting children from disappearance	Missing Children Europe
07. Feb. 2017 europaweit	Safer Internet Day	Insafe Network
27.-30. März 2017 Düsseldorf, Deutschland	Creating a Social and Fair Europe for all Young People Conference	Deutscher Jugendhilfetag

11.-12. Mai 2017 Prag, Tschechien	<u>Families on the Move - Family policy & practice at the Centre of Europe</u>	COFACE – Families Europe
21. Juni 2017 Berlin, Deutschland	<u>Measuring Children's Rights: Why We Need Indicators</u>	The National Coalition Germany
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	<u>CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017</u>	CATS Europe
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	<u>Towards an effective implementation of community based services in child care</u>	FICE Spain
04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	<u>World Congress on Family Law and Children's Rights</u>	World Congress on Family Law and Children's Rights
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	<u>Family Law and Family Realities – ISFL World Conference</u>	International Society for Family Law (ISFL)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

